

Bildung in Zentralasien – Aktuelle Trends und Chancen für umfassende Sicherheit

Das Thema Bildung wurde vom amtierenden bulgarischen Vorsitz zu einem der inhaltlichen Schwerpunkte der OSZE für das Jahr 2004 erklärt. Am 5. April 2004 eröffnete der Amtierende Vorsitzende der OSZE, der bulgarische Außenminister Solomon Passy, in Taschkent eine eintägige Konferenz mit dem Titel „Bildung als Zukunftsinvestition“. An der Konferenz nahmen die Bildungsminister Afghanistans, Kirgisistans, Tadschikistans und Usbekistans,¹ Vertreter internationaler Organisationen wie der Weltbank (WB), der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB), der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) sowie Vertreter von Forschungseinrichtungen wie dem Zentrum für OSZE-Forschung (CORE) in Hamburg und der OSZE-Akademie in Bischkek teil. Anliegen der Konferenz war es, Politikern, Geberorganisationen und Bildungsexperten eine Plattform zu bieten, um Probleme und Potenziale von Bildung in Zentralasien zu diskutieren und mögliche gemeinsame Projekte zu erarbeiten.

Im vorliegenden Beitrag sollen die wichtigsten aktuellen Entwicklungen in den Bildungssystemen der zentralasiatischen Staaten dargelegt und analysiert sowie die Handlungsmöglichkeiten der OSZE in diesem spezifischen Feld aufgezeigt werden. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf dem immens wichtigen Zusammenhang von Bildung und Arbeitsmarkt.

Bildung und das Konzept umfassender Sicherheit

Eines der wichtigsten Ziele der OSZE ist die Schaffung gleicher und ungeteilter Sicherheit in ihrem gesamten Gebiet. Sie folgt dem Konzept der umfassenden und kooperativen Sicherheit, das auf dem gleichen Recht aller Teilnehmerstaaten basiert. Zum einen berührt dieses Konzept eine Reihe sicherheitsrelevanter Themen: von konventioneller Rüstungskontrolle und vertrauensbildenden Maßnahmen über vorbeugende Diplomatie, Achtung der Menschenrechte und Wahlbeobachtung bis hin zur Schaffung von Sicherheit in ökonomischen Angelegenheiten und im Umweltbereich. Zum anderen zielt eine Politik der umfassenden Sicherheit darauf ab, nationale und internationale Sicherheit durch Kooperation und auf der Basis gemeinsamer normativer Werte miteinander zu verbinden. Die Charta von Paris appelliert an die Teil-

1 Zentralasien umfasst die fünf Länder Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Kasachstan und Turkmenistan waren auf der Konferenz nicht vertreten. Afghanistan wurde als OSZE-Kooperationspartner einbezogen.

nehmerstaaten, ihre Zusammenarbeit zu intensivieren, um gemeinsame Lösungen für ökonomische, soziale, ökologische und humanitäre Probleme zu finden und dadurch soziale Stabilität und Sicherheit zu ermöglichen und aufrechtzuerhalten.

Weltweit haben Erfahrungen gezeigt, dass es einen engen Zusammenhang zwischen Bildung und der Schaffung dauerhafter Sicherheit gibt. Die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen bestätigte am 12. Dezember 1997, „dass die Grundbildung für alle unverzichtbar ist, wenn die Ziele der Beseitigung der Armut, der Verminderung der Kindersterblichkeit, der Eindämmung des Bevölkerungswachstums, der Herbeiführung der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Gewährleistung einer bestandfähigen Entwicklung, des Friedens und der Demokratie erreicht werden sollen“.² Im Aktionsprogramm der „Internationalen Konferenz von Bischkek über die Festigung von Sicherheit und Stabilität in Zentralasien“ vom Dezember 2001, die von der OSZE in Zusammenarbeit mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) organisiert wurde, werden Bildungsmaßnahmen als wichtiges Instrument zur Bekämpfung und Verhinderung von Terrorismus genannt.³

Bildung ist von großer Bedeutung, um eine sichere Zukunft zu gewährleisten. Die Fähigkeit einer Regierung, auf Herausforderungen im Sicherheitssektor einzugehen, hängt in hohem Maße von der Qualität des Humankapitals ab. Um ein umfassendes Sicherheitsverständnis zu fördern und Menschen von einem zivilisierten Verhalten zu überzeugen, ist es notwendig, die Inhalte sowie die Art und Weise des Lernens und Lehrens über Kommunikation, Koexistenz und Kooperation neu zu konzeptualisieren.

Bisher ist es den zentralasiatischen Staaten nicht gelungen, Sicherheitsbelange mit langfristigen Bildungszielen zu verknüpfen. Die derzeitigen Bildungssysteme bereiten Schulabgänger nicht darauf vor, einen nachhaltigen und nützlichen Beitrag zur Wirtschaftsentwicklung und damit zur Armutsbekämpfung und zur Stabilität zu leisten. Die Lücke zwischen den Anforderungen des Marktes und den Kenntnissen, die in den Schulen vermittelt werden, klafft Jahr für Jahr weiter auseinander. Die Zahl arbeitsloser Jugendlicher und junger Erwachsener wächst stetig. Diese „verlorene Generation“ bildet eine ernst zu nehmende potenzielle Konfliktquelle für die nationale und regionale Sicherheit. Wie der Politikwissenschaftler Henrik Urdal in einer Analyse bewaffneter Konflikte zwischen 1950 und 2000 zeigen konnte, tendieren junge Erwachsene weit eher zur Beteiligung an Aufständen, wenn sie darin

2 Vereinte Nationen, Die Generalversammlung, 70. Plenarsitzung, 12. Dezember 1997, 52/84. Bildung für alle, unter: <http://www.un.org/Depts/german/gv-52/52band3.pdf>.

3 Vgl. Bishkek International Conference on Enhancing Security and Stability in Central Asia: Strengthening Comprehensive Efforts to Counter Terrorism. Programme of Action, 14. Dezember 2001.

eine Möglichkeit sehen, sich ein Einkommen zu verschaffen, und keine Alternative zu Arbeitslosigkeit und Armut haben.⁴

Investitionen in Bildung zahlen sich häufig nicht sofort aus, haben aber nachhaltige Auswirkungen. Bildung verändert Ideen und Normen und trägt dadurch zur Neudefinition von Gedanken, Werten und Verhalten bei. Aus diesem Grund ist die Verbesserung von Bildung und die Anpassung von Bildungsstandards an die Anforderungen demokratischer Gesellschaften ein langfristiger Prozess, der intensiven Engagements über viele Jahre hinweg bedarf.

Bildung und Transition

Zu Beginn der 1990er Jahre unterstrichen zahlreiche Veröffentlichungen, die sich mit sozialen Faktoren in den fünf zentralasiatischen Staaten – Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan – beschäftigten, die positive Bedeutung dessen, dass es hier kaum Analphabetismus gab. Sie setzten ihre Hoffnung für eine zukünftige dynamische Entwicklung u.a. auf die relativ hohen Bildungsstandards in der Region. Uwe Halbach wies jedoch bereits 1993 darauf hin, dass „[...] auch in Bezug auf das Bildungssystem Potemkinsche Dörfer aus Zahlen und Lehrer-Schüler-Quoten errichtet worden [waren], die Missstände verschleierten“.⁵

Die Probleme, die den jeweiligen Bildungssystemen bereits in der sowjetischen Ära innewohnten, haben sich im Verlaufe der letzten Dekade in unterschiedlichem Maße verfestigt und vergrößert. Innerhalb von zehn Jahren haben die zentralasiatischen Staaten, die von einer relativ einheitlichen Ausgangsposition im Bildungswesen ihren Weg in die Unabhängigkeit antraten, zum Teil recht unterschiedliche Entwicklungen vorzuweisen. Alle fünf Staaten durchlaufen einschneidende Veränderungen sowohl im politischen als auch im ökonomischen System. Die Gleichzeitigkeit beider Prozesse ist eine Herausforderung für die jeweiligen Regierungen und Verwaltungen, aber auch für die Bevölkerung. Dabei hat jeder der Staaten einen anderen Weg eingeschlagen, um Reformen zu entwickeln und zu implementieren, und die Region kann daher nicht pauschal als Einheit betrachtet werden. Dessen ungeachtet gibt es jedoch eine Reihe von Entwicklungen, die symptomatisch für alle fünf Staaten sind und in den jeweiligen Bildungssystemen zu ähnlichen Problemen geführt haben:

- Staatliche Ausgaben für Bildungsprogramme wurden im letzten Jahrzehnt deutlich gekürzt.

4 Vgl. Henrik Urdal, *The Devil in Demographics. The Effect of Youth Bulges on Domestic Armed Conflict, 1950-2000*, New Orleans 2002, S. 6, unter: http://www.prio.no/files/file40641_youthbulgesurdal.pdf.

5 Uwe Halbach, *Die zentralasiatischen Republiken*, in: Dieter Nohlen/Franz Nuscheler (Hrsg.), *Handbuch der Dritten Welt*, Bonn 1993, S. 143.

- Die Anzahl der Kinder im schulpflichtigen Alter ist ungebrochen hoch. In vier der fünf Länder ist ein Drittel der Bevölkerung jünger als 14 Jahre, in Kasachstan ein Viertel.
- Die erwachsene Bevölkerung sieht sich mit der Herausforderung konfrontiert, ihre Kinder auf eine sich ständig verändernde Umgebung vorbereiten zu müssen, die sie selbst nur schwer einschätzen kann.
- Die Differenz zwischen den Lerninhalten an den Schulen und den Erfordernissen des Arbeitsmarktes wird immer größer.
- Die Lehrpläne und Lehrbücher sind nicht auf den Erwerb flexiblen Wissens, das auf unterschiedliche Situationen angewendet werden kann, ausgerichtet. Kindern wird beigebracht, was sie zum Bestehen von Prüfungen, nicht aber, was sie für das wirkliche Leben brauchen.
- Obwohl die Bürger in allen fünf Ländern das Recht auf kostenlose Sekundarbildung haben, werden die Möglichkeiten des Zugangs zu Bildung zunehmend vom Familieneinkommen und vom jeweiligen Wohnort bestimmt.

Bevor ausführlicher auf diese und andere Problemen eingegangen wird, sei an dieser Stelle ein kurzer Blick auf die Bildungssysteme der fünf zentralasiatischen Staaten erlaubt.

Grund- und Sekundarschulbildung

Im Rahmen einer 1989 in der ehemaligen Sowjetunion durchgeführten Reform des Bildungswesens wurde die Schulpflicht formal von acht auf neun Jahre erhöht. Die Hochschulreife erlangte man in der Sowjetunion nach elfjähriger Schulzeit oder durch die Kombination aus einer neunjährigen Schulbildung und dem anschließenden Besuch einer Fachschule (russ.: *technikum, utschischtsche*). Die Lehrpläne waren in allen Republiken einheitlich, Unterschiede gab es jedoch hinsichtlich der Unterrichtssprache. Neben Russisch wurde in der Sprache der Titulnation der jeweiligen Sowjetrepublik sowie in den Sprachen großer Bevölkerungsgruppen unterrichtet. Dabei galt der Unterricht an „russischen Schulen“ jedoch als besser und erleichterte den späteren Zugang zum höheren Bildungswesen.

Im Zuge der Bildungsreformen nach dem Zerfall der Sowjetunion kam es in den zentralasiatischen Staaten zu einer Nationalisierung des Bildungswesens. Die Umstrukturierungen hatten zur Folge, dass viele der Lehrbücher unbrauchbar wurden, da sie weder sprachlich noch inhaltlich den neuen Ansprüchen gerecht wurden. Die Abwanderung der russischsprachigen Bevölkerung führte zum Verlust qualifizierter Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen. Gleichzeitig waren alle fünf Staaten mit der Aufgabe konfrontiert, eigene Lehrpläne zu entwickeln und die dafür notwendigen institutionellen und per-

sonellen Kapazitäten aufzubauen. In der sowjetischen Ära waren die Lehrpläne zentral in Moskau erarbeitet worden.

Heute stellt sich die Situation des Bildungswesens in den vier Staaten Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan wie folgt dar: Die Kinder werden im Alter von sechs oder sieben Jahren eingeschult. Die Grundschulbildung dauert vier Jahre, die Sekundarbildung fünf Jahre. Die Schulpflicht beträgt neun Jahre. Die Hochschulreife wird nach elfjähriger Schulzeit erlangt. Lyzeen und Colleges, die vermehrt in den letzten Jahren gegründet wurden, offerieren in Zwei- oder Drei-Jahres-Programmen einen Abschluss, der ebenfalls zum Hochschulzugang berechtigt. Im Bildungswesen gibt es eine zunehmende Zahl privater Bildungsträger, der Zugang zu den Studienplätzen an solchen „Eliteeinrichtungen“ ist begehrt und teuer.

Besonders gravierende Einschnitte hat es in jüngster Zeit im Bildungssystem Turkmenistans gegeben. Die Bestrebungen von Präsident Saparmurat Nijasow, das Bildungswesen zu nationalisieren, erreichten am 1. Juni 2004 ihren vorläufigen Höhepunkt. An diesem Tag verloren alle Hochschulabschlüsse, die außerhalb Turkmenistans erlangt wurden, ihre Gültigkeit; Angestellten des öffentlichen Dienstes, die einen solchen Abschluss haben, droht die Entlassung.⁶

Obwohl sich die Schulpflicht in den zentralasiatischen Staaten gegenüber der sowjetischen Ära *de jure* nicht verändert hat, gibt es *de facto* mehrere Unterschiede. So verlässt eine wachsende Zahl Jugendlicher die Schule unmittelbar nach der 9. Klasse, um als ungelernete Arbeitskräfte auf dem Basar oder in der Landwirtschaft zu arbeiten. Insbesondere in Tadschikistan ist nach der 9. Klasse auch eine zunehmende Ungleichheit zwischen Jungen und Mädchen zu verzeichnen. Viele Familien sind nicht bereit, über die Minimalanforderung hinaus in die Bildung ihrer Töchter zu investieren, da diese üblicherweise nach der Heirat ihr Elternhaus verlassen. Eine Investition in Bildung, die über die Pflichtschuljahre hinausgeht, lohnt sich aus Sicht eines Haushalts daher nur für männliche Familienangehörige.

Generell sind alle zentralasiatischen Staaten nicht mehr in der Lage, die Erfüllung der Schulpflicht durchzusetzen und zu kontrollieren, was sinkende Einschulungsraten und eine abnehmende Zahl von Schulbesuchen zur Folge hat. Obwohl die Angaben über Einschulungsraten je nach Quelle variieren, kann davon ausgegangen werden, dass in Tadschikistan die größten Einschnitte gegenüber der Sowjetzeit zu verzeichnen sind.⁷ Darüber hinaus fehlen insbesondere in den städtischen Gebieten Kinder sehr häufig in der Schule, weil sich auf den größeren Basaren mehr Möglichkeiten für Gelegenheitsarbeiten bieten. Nicht zuletzt sei auch auf die staatlich geförderte Kinderarbeit hingewiesen. Sowohl in Usbekistan als auch in Turkmenistan wer-

6 Vgl. http://www.eurasianet.org/departments/rights/articles/eav050504_pr.shtml.

7 In einem Interview schätzt Iveta Silova, Bildungsberaterin für USAID, die Schulbesuchsraten in Tadschikistan auf 84, in Usbekistan auf 88 und in Kirgisistan auf 89 Prozent. Siehe: http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav090703a_pr.shtml.

den von Anfang September bis mindestens Ende November Kinder und Jugendliche bei der Baumwollernte eingesetzt. Während kleinere Kinder am Abend nach Hause zurückkehren, müssen die älteren Kinder und Jugendlichen auf den Feldern in Zeltlagern übernachten und die Kosten für ihre Verpflegung selbst tragen.

Berufsbildung

Die Ausgestaltung der Berufsbildung gehört nach Meinung der Vertreter zahlreicher internationaler Organisationen zu den vordringlichsten Problemen bei der Reform des Bildungswesens in den zentralasiatischen Staaten. Ein kürzlich veröffentlichter Bericht der Weltbank hält fest: „Die Auswirkungen der Marktwirtschaft auf Bildung unterscheiden sich grundlegend von denen der Planwirtschaft, aber sie sind recht einfach zu erkennen.“⁸ Welche Auswirkungen sind das?

In einer Marktwirtschaft werden sowohl Universitätsabsolventen als auch qualifizierte Arbeitskräfte benötigt. Ein Blick auf die zentralasiatischen Staaten zeigt jedoch, dass die Zahl der Berufsschüler weit hinter der der Universitätsabsolventen zurückbleibt. Darüber hinaus fehlt es an geeigneten Arbeitsplätzen für Letztere. Dieses Ungleichgewicht resultiert aus der Tatsache, dass bestimmte Berufe weit mehr gesellschaftliches Ansehen genießen als andere. Während immer mehr Absolventen aus den juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten auf dem bereits gesättigten Arbeitsmarkt miteinander konkurrieren, fehlen zunehmend qualifizierte und sachkundige Landwirte, medizinisches Personal, Bürokaufleute, Handwerker, Servicekräfte usw. Eine Folge davon ist, dass auf den Basaren und Märkten aller zentralasiatischer Staaten weit mehr importierte Waren zu finden sind als Güter aus örtlicher Produktion.

Um die Perspektiven kleiner und mittlerer Unternehmen im lokalen Kontext zu stärken, ist eine verbesserte und an den Bedürfnissen des Marktes orientierte Berufsausbildung von vordringlicher Bedeutung. Bisher überwiegt, wie auch in der sowjetischen Ära, eine stark verschulte außerbetriebliche Berufsausbildung. Die Einrichtung neuer Schultypen – so genannter „Berufs-Colleges“ – zum Beispiel in Usbekistan, kann nicht über die grundlegenden Probleme hinwegtäuschen: Zum einen spiegelt sich der Mangel an Kommunikation zwischen Unternehmen und Berufsschulen in Lehrplänen wider, die größtenteils auf theoretisches statt auf praktisches Wissen abzielen. Zum anderen wird zu wenig Wert auf die Vermittlung von Lernkonzepten gelegt, die den Absolventen der Berufsschulen lebenslanges Lernen und damit eine ge-

8 The World Bank, Europe and Central Asia Region, Human Development Sector: Hidden Challenges to Education Systems in Transition Economies. Education Sector Strategy Paper 14, unter: [http://lnweb18.worldbank.org/eca/eca.nsf/Attachments/Hidden+Challenges+to+Education/\\$File/ECA_layout.pdf](http://lnweb18.worldbank.org/eca/eca.nsf/Attachments/Hidden+Challenges+to+Education/$File/ECA_layout.pdf) (eigene Übersetzung).

gebenenfalls notwendige berufliche Neuorientierung ermöglichen. Lebenslanges Lernen ist eine der Voraussetzungen für die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Ein intensiver Dialog zwischen Unternehmern, Konsumenten und den Berufsschulen wäre eine der Möglichkeiten, die Lehrpläne neu zu gestalten.

Problematische Trends

Die problematischen Entwicklungen der Bildungssysteme in den zentralasiatischen Staaten werden durch die gleichzeitig stattfindenden wirtschaftlichen Umstrukturierungen potenziert. Die Situation der erwachsenen Bevölkerung ist von drei Trends gekennzeichnet.

- (1) *Arbeitslosigkeit und Arbeitsmigration:* Die wirtschaftlichen Reformen und strukturellen Veränderungen in allen fünf zentralasiatischen Staaten haben zu einer steigenden Zahl von Arbeitslosen bzw. von Personen ohne reguläre Beschäftigung geführt. Ein Großteil der Bevölkerungen arbeitet als Saisonkräfte in der Landwirtschaft oder wandert auf der Suche nach Arbeit in andere Staaten ab. Hunderttausende Personen migrieren saisonal von Tadschikistan nach Russland, von Usbekistan nach Kasachstan oder von Kirgisistan nach China, um Geld zu verdienen. Männer wie Frauen, die ihre Arbeitskraft als Tagelöhner anbieten, sind in den frühen Morgenstunden in der Nähe großer Basare zu finden. Beschäftigte des öffentlichen Dienstes können häufig nicht von ihrem Gehalt leben und sind auf zusätzliche Einkommen angewiesen. Viele von ihnen haben einen Zweitjob in der informellen Wirtschaft, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können.
- (2) *Zunehmende Geschlechterungleichheit:* Während der Anteil von Mädchen in den Schulen mit zunehmendem Alter abnimmt, lässt sich bei der Erwachsenenbildung ein gegenläufiger Trend feststellen. Frauen zeigen großes Interesse an zusätzlicher Berufsausbildung, Männer hingegen kaum. Nach Aussagen der Vertreter internationaler Organisationen scheinen Männer keine Verbindung zwischen lebenslangem Lernen und einer guten Ausbildung auf der einen Seite und besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt, Aufstiegsmöglichkeiten und einem höheren Einkommen auf der anderen Seite zu sehen. Interviews mit den Vertretern lokaler nichtstaatlicher Organisationen belegen, dass Frauen sich offenbar leichter und flexibler an die sich verändernden sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen, während Männer eher traditionellen Rollenmustern verhaftet bleiben. Aus diesem Grund ist es besonders wichtig, das Bewusstsein in der Bevölkerung dafür zu stärken, dass unter marktwirtschaftlichen Bedingungen die Qualität der Ausbildung eine entscheidende Rolle dabei spielt, sowohl das individu-

elle als auch das familiäre Einkommen zu erhöhen, und dass lebenslanges Lernen ein wichtiger Mechanismus zur Reduzierung und Verhinderung von Armut ist.

Natürlich darf nicht außer Acht gelassen werden, dass das Konzept lebenslangen Lernens in Zentralasien mit unterschiedlichen Geschlechternormen kollidiert. In erster Linie sehen Männer sich als Ernährer der Familie. Bereits von männlichen Jugendlichen wird erwartet, dass sie einen Beitrag zum Haushaltsbudget leisten. Tatsächlich ist Kinderarbeit in zunehmendem Maße eine Überlebensstrategie für viele Haushalte. Die Schulabbrecherquoten bei Jungen zeigen, dass Bildung im Gegensatz zu wirtschaftlichen Aktivitäten, die keinen formalen Schulabschluss erfordern, immer mehr an Bedeutung verliert. Dieser Trend setzt sich fort, wenn die Jungen älter werden und ihre eigene Familie gründen. Aus diesem Grund sollten internationale Organisationen sich nicht nur auf den Zugang von Mädchen zu Bildungseinrichtungen konzentrieren, sondern auch den Jungen adäquate Beachtung schenken.

- (3) *Zunehmender Analphabetismus*: Ein dritter alarmierender Trend ist der zunehmende Analphabetismus in der erwachsenen Bevölkerung. Sowohl Usbekistan als auch Turkmenistan haben ein neues Alphabet eingeführt, ohne gleichzeitig ausreichend Umschulungskurse für Erwachsene anzubieten. Die junge Bevölkerung beherrscht umgekehrt die kyrillische Schrift oft nur noch unzureichend. Dadurch hat sie Probleme bei der Zeitungslektüre, beim Ausfüllen offizieller Dokumente und beim Zugang zu (klassischer) Literatur. Bilinguale Erziehung ist eine der größten Herausforderungen für die Bildungssysteme aller zentralasiatischer Staaten und gleichzeitig einer der determinierenden Faktoren für die Herausbildung regionaler Märkte.

Wenn es zukünftig nicht gelingt, in den zentralasiatischen Staaten eine bessere Verbindung zwischen Bildung und Arbeitsmarkt herzustellen, ist es wahrscheinlich, dass sich die derzeitigen Trends verstärken und zu ernsthaften Destabilisierungsfaktoren entwickeln werden. Weltweite Erfahrungen haben gezeigt, dass Arbeitslose weit eher geneigt sind, sich an gewaltsamen Auseinandersetzungen zu beteiligen, um ihre ökonomische Situation zu verbessern. Personen mit einer guten Ausbildung hingegen suchen, sofern sie gesellschaftlich integriert sind, eher nach friedlichen Mitteln, um Konflikte zu lösen, und sind eher in der Lage, in schwierigen Situationen alternative Strategien zu entwickeln. Wenn die Bevölkerung sieht, dass sie ihre Zukunftsaussichten durch Lernen verbessern kann, ist sie auch gewillt, Zeit und Geld in ihre eigene Ausbildung und die Ausbildung ihrer Kinder zu investieren.

Empfehlungen

Internationale Akteure wie die UNESCO, UNICEF, die Europäische Kommission, die Weltbank und die Asiatische Entwicklungsbank unterstützen die Reform der Bildungssysteme in den zentralasiatischen Staaten. Organisationen wie die GTZ, die Aga-Khan-Stiftung, *Save the Children*, *CARE International* und viele andere arbeiten ebenfalls im Bildungsbereich. In Zusammenarbeit mit den jeweiligen Bildungsministerien, aber auch mit den lokalen Gemeinden und mit den Eltern konnten diese Organisationen bereits einen Beitrag zur Verbesserung auf dem Bildungssektor leisten.

Um die Qualität der Bildung in den zentralasiatischen Staaten weiter zu verbessern und nachhaltig sicherzustellen, sind Reformen in den folgenden fünf Bereichen dringend notwendig:

1. Bildungsplanung und -management

Es ist von höchster Dringlichkeit, die Mitarbeiter der jeweiligen Bildungsministerien und der Bildungsverwaltungen auf regionaler und lokaler Ebene zu schulen, um das Bildungsmanagement an die Erfordernisse moderner Gesellschaften anzupassen. Die Stärkung der Bildungsabteilungen auf regionaler Ebene würde gleichzeitig zur Dezentralisierung der Strukturen im Bildungsmanagement führen. Auf diese Weise wäre es für die lokalen Verwaltungen und lokalen Gemeinschaften wesentlich attraktiver, sich an der Bildungsplanung zu beteiligen und einen eigenen Beitrag zur Verbesserung des Bildungssystems zu leisten.

2. Finanzierung von Bildung

Sowohl die nationalen Regierungen als auch die internationalen Organisationen stehen vor der Herausforderung, die vorhandenen Ressourcen im Bildungssektor effektiver zu nutzen und ein entsprechendes System umzusetzen. In erster Linie muss jeweils ein realistischer finanzieller Rahmenplan geschaffen werden, der auf mittelfristigen Vorgaben und den zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben beruht. Die nationalen Regierungen sollten in ihren Bemühungen unterstützt werden, ihre Bildungsreformprogramme umzusetzen.

3. Bildungsumgebung

Die Motivation Lernender hängt nicht zuletzt von einer freundlichen und angenehmen Lernumgebung ab. Aus diesem Grund sollten weitere Anstrengungen unternommen werden, die Schulgebäude in Zentralasien zu renovieren und zu reparieren. Darüber hinaus scheint es sinnvoll, sich mit Ideen für neue Schulgebäudetypen auseinander zu setzen, insbesondere im Hinblick auf energieeffizientes Bauen und geringe Unterhaltskosten, um Bildungsinfrastrukturmaßnahmen effektiver und nachhaltiger zu gestalten.

4. Qualität und Inhalt von Bildung

Die nationalen Bildungsinstitute und Forschungseinrichtungen sollten verstärkt dabei unterstützt werden, Bildungsinhalte und Bildungsqualität an internationale Standards anzupassen. Workshops und der gegenseitige Austausch von Experten auf internationalem Niveau können nachhaltig zur erfolgreichen Implementierung internationaler Standards beitragen. Ein besonderer Fokus sollte auf die Integration zurückkehrender junger Wissenschaftler aus dem Ausland und die Nutzung ihres Wissens gerichtet werden.

5. Erwachsenenbildung und außerschulische Bildung

Die Bildungsinitiativen außerschulischer Bildungseinrichtungen wie nicht-staatlicher Organisationen oder lokaler Selbsthilfegruppen sollten stärker gefördert werden. Auf diese Weise können sowohl Lernziele als auch Lehrmethoden von den Lernenden selbst definiert und damit eine bessere Kontextualisierung erreicht werden. Zusätzlich sollten die Massenmedien bei der Bereitstellung von Lernprogrammen u.ä. unterstützt werden.

Die OSZE mit ihrer einzigartigen Erfahrung auf dem Gebiet von Dialog und Verhandlungen bietet ihren Teilnehmerstaaten einen adäquaten Rahmen, um Aspekte von Bildung und Sicherheit unter Einbeziehung aller Akteure gleichberechtigt zu diskutieren und Lösungen zu entwerfen. Sie könnte als Katalysator für verschiedene internationale, nationale und lokale Akteure im Bildungssektor fungieren. Mit ihren Zentren in allen fünf zentralasiatischen Staaten verfügt die OSZE über ein gut eingeführtes Netzwerk, um aktuelle Entwicklungen zu verfolgen und gemeinsam mit der jeweiligen Regierung Empfehlungen für zukünftige Kooperationsansätze zu entwickeln. Darüber hinaus sind die Institutionen der OSZE bereits im Bereich Bildung und in verschiedene Schulungsaktivitäten involviert. Um zu nachhaltigen Verbesserungen in den Bildungssystemen beizutragen, sollte die OSZE zukünftig stärker folgende Aspekte einbeziehen:

- Bei der Auswahl von Teilnehmern für Workshops und Seminare sollten Lehrer stärker berücksichtigt werden.
- Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Bereichen wie Umwelt, Konfliktmanagement, Zivilcourage und vertrauensbildende Maßnahmen sollte fortgesetzt und ausgebaut werden.
- Jugendliche und Erwachsene sollten bei der selbstbestimmten Gestaltung einer aktiven Zivilgesellschaft weiter unterstützt werden.

Nur wenn die Bevölkerungen der fünf zentralasiatischen Staaten dazu befähigt werden, lebenslang zu lernen, kann die OSZE ihr Konzept umfassender Sicherheit in dieser Region umsetzen. Lebenslanges Lernen ist eine der bedeutendsten Ressourcen für eine aktive Teilnahme am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Geschehen einer Gesellschaft und eine der Grundvor-

aussetzungen für mündige Bürger. Bildungsmaßnahmen können dazu beitragen, dass sich neben nationalen Interessen in Zentralasien gemeinsame Werte und Normen herausbilden, die zu einer langfristigen Integration der Region im OSZE-Raum beitragen.